

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 28 M., unter Streifband 38 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenauer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit vom 19. Nov. bis 2. Dez. sind die Beiträge für die 47. u. 48. Woche fällig.

Die neuen Postgebühren ab 15. November.

Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M.
Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 4 M., über 20—100 g 8 M., über 100—250 g 12 M.; im Fernverkehr bis 20 g 12 M., über 20 bis 100 g 16 M., über 100—250 g 20 M.

Drucksachen bis 25 g 2 M., über 25—50 g 3 M., über 50—100 g 6 M., über 100—250 g 12 M., über 250—500 g 16 M., über 500 g bis 1 kg 20 M.

Ansichtskarten mit Grüßen von höchstens fünf Worten auf der Vorderseite, 2 M.

Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 g 12 M.
Pakete: Nahzone bis 5 kg 60 M., über 5—6 kg 72 M., über 6—7 kg 84 M., über 7—8 kg 96 M., über 8—9 kg 108 M., über 9—10 kg 120 M.; Fernzone bis 5 kg 120 M., über 5—6 kg 144 M., über 6—7 kg 168 M., über 7—8 kg 192 M., über 8—9 kg 216 M., über 9—10 kg 240 M.

Ferntelegramme Grundgebühr 20 M., außerdem jedes Wort 10 M., Ortstelegramme Grundgebühr 10 M., außerdem jedes Wort 5 M.

Neue Beitragsklassen.

Die Mark fällt weiter, wir müssen unseren Beitrag ihrem sinkenden Wert anpassen. Der Beitrag soll und muß, das ist unser Grundsatz, stets gleich einem Stundenlohn sein und bleiben. Es werden deshalb

vier weitere Beitragsstaffeln errichtet zu 90, 100, 110 und 120 M. Auf die bisherige Unterstützungsordnung aufbauend, wird in diesen Staffeln gewährt an

| Streikunterstützung pro Tag | | 260 Beitragsw. | |
|-----------------------------|------------|----------------|--------|
| bei einem Beitrag von 90 M. | nach 13 52 | 180 M. | 182 M. |
| " 100 " | 200 " | 202 " | 208 " |
| " 110 " | 220 " | 222 " | 228 " |
| " 120 " | 240 " | 242 " | 248 " |

Die Sätze der Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung erhöhen sich in jeder Staffel um 4 M. pro Tag, das Sterbegeld um je 400 M.

Die notwendige Anpassung an die veränderten Geldverhältnisse erfordert andererseits eine entsprechende Abstreichung unterer Beitragsstaffeln. Es werden deshalb mit sofortiger Wirkung folgende Beitragsmarken als ungültig erklärt: 4, 6, 8, 14, 18, 22, 26 M. Die Kassierer wollen für schnelle Einziehung und Rücklieferung dieser Wertmarken Sorge tragen.

Die Hauptverwaltung. Alb. Lehmann.

Andreas Voß,

der weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Forscher auf dem Gebiet der botanischen Nomenclatur und Wetterkunde, hat im 66. Lebensjahre trotz aller Widerstände der Gegenwart und trotz harter Entbehrungen die 3. Auflage seines „Wörterbuch der deutschen Pflanzennamen“ fertig gestellt und damit ebenso der Wissenschaft als auch der gesamten Praxis einen unermesslichen Dienst erwiesen, für den ihm umso mehr

Anerkennung gebührt.

als ein rauhes Schicksal ihm schwere Opfer auferlegt hat. Mit einem schweren Ohrenleiden behaftet, ohne Angehörige, die Freud und Leid mit ihm teilen könnten, hat ihm die unerbittliche Not der

Zeit gezwungen, der Reichshauptstadt mit ihren vielen Bibliotheken und sonstigen Forschungsinstituten den Rücken zu kehren und nach Retschow in Mecklenburg zu ziehen, wo er heute in einer kalten Dachstube, ohne entsprechende Kleidung wohnt und von einem alten Freunde gepflegt wird. Der Niedergang unserer Kultur hat es mit sich gebracht, daß ernste Forscherarbeit nicht mehr entsprechend honoriert wird und so droht bittere Not, ihm jegliche Tätigkeit im Dienste der Wissenschaft und des Berufs zu unterbinden.

Hier einzugreifen und diesen verdienstvollen Fachmann vor dem Untergang zu retten,

ist eine Ehrenpflicht aller Berufsangehörigen.

Auch wir dürfen nicht zurückstehen, weil wir erkannt haben, daß Wissen Macht ist und daß wir Andreas Voß, unserem langjährigen Mitglied, viel verdanken.

Darum bitten wir alle, die einigermaßen dazu in der Lage sind, ihre altbewährte Opferwilligkeit auch hier zu beweisen und ihr Scherflein zu einer

Weihnachtsspende für Andreas Voß

auf Postscheckkonto 10301 Berlin (Albert Lehmann) einzuzahlen.
Der Hauptvorstand. I. A.: J. Busch.

Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes.

Als Arbeitnehmern kann uns nicht gleichgültig sein, wie die wirtschaftliche Berufslage sich gestaltet. Wohl wissen wir, daß ein Unternehmer, der glänzend verdient, uns aus eigenem Antriebe keine Lohnzulage gibt, aber es steht fest, daß er auskömmliche Löhne zahlen kann. Unsere Aufgabe muß es sein, ihn zu veranlassen, anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die stärkste Organisation ist aber machtlos, wenn die Geschäftslage ungünstig und der Unternehmer so schlecht gestellt ist, daß er selbst kaum sein Auskommen hat. Aus diesem Grunde interessiert uns die wirtschaftliche Lage unseres Berufes in hohem Maße und wir müssen bestrebt sein, uns über die tatsächlichen Verhältnisse einen möglichst gründlichen Einblick zu verschaffen.

Die Gärtnerei zeigt jetzt zu einem großen Teil ein trostloses Bild, vielleicht so, wie wir es noch nicht gesehen haben. Die zunehmende Verarmung Deutschlands durch den Krieg und den Friedensvertrag zeigt sich erst langsam, aber desto sicherer. Verdeckt wird sie immer noch durch eine grenzenlos verdienende und gewissenlos genießende dünne Oberschicht. Mit eiserner Gewalt aber werden die Bedürfnisse der breiten Masse, soweit sie nicht unbedingt zum Fristen des nackten Lebens nötig sind, beseitigt. Mit Recht spricht man von einem Kultursturz. Alles, was breite Massen sich bisher noch über den alltäglichen Bedarf an Genuß, Kunst und Wissen leisteten, verschwindet. Tausende von Zeitungen gehen ein. Theater und Konzerthäuser schließen ihre Pforten, der Bedarf an Büchern wird geringer, der Konsum von Tabak, Süßwaren, Bier sinkt gewaltig, Blumen und Pflanzen, unsere freundlichsten und sinnreichsten Gaben in Freud und Leid, werden nur noch selten verlangt. Daraus folgt, daß alle auf Deckung solcher und ähnlicher Bedürfnisse gerichteten Erwerbszweige zurückgehen. Also nicht nur unser Beruf leidet unter diesen Verhältnissen. Fest steht aber zweifellos, daß wir zu den Leidtragenden gehören, und daß durch die eben geschilderten Verhältnisse unsere Zukunftsaussichten nicht rosig sind.

Es ist noch nicht allzu lange her, daß unsere Unternehmer glänzende Zeiten hatten. So schrieb noch im vorigen Jahre ein Unternehmerorgan: „Wie sehr die Entwicklung der deutschen Erwerbsgärtnerei durch die unbeschränkte Einfuhr früher gehemmt worden war, das haben uns insbesondere die goldenen

Achtung! Keine Germaniabriefmarken mehr benutzen, sie werden mit Strafporto belastet!

Früchte der Jahre 1919 und 1920 gezeigt, die den meisten deutschen Gärtnern ewig in Erinnerung bleiben werden.“ Ein anderes Blatt schrieb zu gleicher Zeit: „Noch nie sind die Erzeugnisse unseres Berufes so gut bezahlt worden als jetzt. Noch nie konnten wir so restlos verkaufen und noch nie hatten wir soviel flüssige Mittel. Der Gartenbau hat ein „blühendes“ Aussehen.“

Mit Ausnahme der Baumschulen, des Samenbaues und der Landschaftsgärtnerei für Neuanlagen sieht es jetzt anders aus. Im nachfolgenden wollen wir aus Berichten von unseren Verbandskollegen, wie aus Äußerungen der Arbeitgeberpresse ein Bild der Konjunktur geben, wobei natürlich die letzteren mit Vorsicht und kritischem Gefühl betrachtet werden müssen.

1. Berichte aus unseren Kollegenkreisen. Stuttgart (vom August dieses Jahres). Die allgemein bestehenden Schwierigkeiten wirken sich bei den Klein- und Mittelbetrieben besonders aus. In Süddeutschland spielt die Kohlenfrage eine größere Rolle als im Norden. Bereits letzten Winter hatten viele Betriebe nur einen Teil der Häuser ganz in Betrieb. Die meisten wurden nach der Chrysanthemumblüte bis zum Februar stillgelegt. Kommen den Winter wird dies noch in größerem Maße der Fall sein. Durch den langen Winter und das wenig gute Frühjahr bestand im April und Mai gute Nachfrage nach allen Artikeln, bald war aber Überfluß. Besonders Topfpflanzen wurden weit unter dem Gestehungspreis abgesetzt. Enttäuscht hat der Verkauf von Balkonpflanzen, der trotz aller Propaganda schlecht blieb. In besseren Topfpflanzen hielten sich die Preise einigermaßen. Zu beklagen ist, daß vielfach die besten Waren planlos auf den Markt gebracht und zu niedrigen Preisen abgesetzt werden, nur um sie los zu werden und sie nicht wieder mitzunehmen. Die Nachzucht von neuer Ware ist vielfach eingeschränkt, teilweise ganz unterlassen. Eine Anzahl Betriebe hat auch wieder die alte Menge Cyklamen, Chrysanthemum, Primeln usw. in Kultur, je nach Auffassung des Inhabers über die Zukunftsaussichten.

In den Kleinstädten sind die Preise zum Teil noch niedriger. Man befürchtet, daß man bei höherer Preisfestsetzung gar nichts mehr absetzen wird. Sehr geklagt wird auch über den Rückgang von Blumenpflanzungen in Privatgärten, früher ein gutes und sicheres Geschäft. Alles in allem genommen sind die Aussichten der Handelsgärtnerei sehr ungünstig, viele Betriebe werden sich nicht halten können, wenn sie nicht eine rechtzeitige Umstellung vornehmen. In den Sortimentsgärtnereien wird man auch mit starken Einschränkungen zu rechnen haben.

Gut ist der Geschäftsgang in der Schnittblumenkultur. Besonders die Großbetriebe werden die Krise gut überstehen. Nelkenkulturen hatten durchweg guten Absatz. Münz-Waiblingen hat einen Teil alter Häuser umgebaut und zum Decken eingerichtet. An Chrysanthemum sind über 60 000 Pflanzen in Kultur. Heizmaterial hat die Firma reichlich auf Lager, ein Zeichen, daß für den Winter ein gutes Geschäft erwartet wird.

In der Baumschule fehlt es an Material. Die geringen Nachzuchten reichen nicht aus für den starken Bedarf der Landschaftsgärtnerei. Guten Absatz haben auch die Staudengärtnereien für die Landschaft.

Schwierig liegen die Verhältnisse in der Friedhofsgärtnerei. Um weitere Abbestellungen zu verhindern, wurden die Preise nur wenig gesteigert. Sie stehen auf dem 15- bis 20fachen des Friedenspreises. Trotzdem werden diese Preise vom Publikum als zu hoch bezeichnet. Auf allen Friedhöfen ist ein großer Rückgang zu verzeichnen, besonders auch in Grab- und Sargdekorationen.

Gemüsegärtnerei beschäftigt wenig Gehilfen, meistens sind es Kleinbetriebe mit eigenen Arbeitskräften. Die Preise waren eine Zeitlang gut zu nennen, bald war aber ein Rückgang zu verzeichnen. Im allgemeinen sind die Gemüsepreise als niedrig zu bezeichnen. Sie erreichen teilweise die Malpreise nicht. (Gegen die Praxis der Preisstelle auf dem Wochenmarkt muß Stellung genommen werden. Wer Preise festsetzen will, muß mindestens auch wissen, wie die Erzeugnisse entstehen und wie sie herangezogen werden.)

Besser sind die Aussichten vorläufig noch auf Landschaft zu nennen. Auch die Verhältnisse in der Privatgärtnerei haben sich teilweise gebessert, da viele Industrielle einen Gärtner einstellten.

Frankfurt a. M. Handelsgärtnerei geht immer mehr zurück. Auch die bisher noch gut florierende Schnittblumengärtnerei Sinai beabsichtigt, im Dezember und Januar keinen Flieder zu treiben. Die Firma Baer & Feldmann verkauft Ballenflieder, will anscheinend überhaupt nicht treiben. Im ganzen Gau liegen die Verhältnisse ungünstig, Warenpreise und Arbeitslöhne halten mit der Markentwertung nicht Schritt.

Essen. Handelsgärtnerei bedeutungslos. Es werden insgesamt nur noch 12 bis 15 Gehilfen beschäftigt. — Die Stadtgärtnereien im Industriebezirk nehmen allgemein bedeutende Einschränkungen an Personal vor.

Hannover. Handelsgärtnerei spielt fast keine Rolle mehr. Auch Landschaft läßt zu wünschen übrig. Stadtgärtnerei hatte

90 Personen gekündigt. Durch Verhandlungen ist diese Zahl auf 50 herabgesetzt.

Kassel. In der Handelsgärtnerei sind nur noch 5 bis 8 Gehilfen beschäftigt.

Erfurt. Ein Nachlassen der Konjunktur in den Samenbaubetrieben ist nicht zu bemerken. Ein Teil der Betriebe nimmt allerdings Umstellungen vor. So sind eine größere Anzahl von Feldarbeiterinnen entlassen, die sonst im Winter im Samenversand beschäftigt wurden.

Nürnberg. Ein Großbetrieb, der bisher nie zu inserieren brauchte, weil die Ware reißend abging, muß jetzt inserieren; trotzdem Absatz gering. Bestellte Ware wird oft nicht abgeholt. Der Betrieb braucht 6000 Zentner Koks, bisher erst 1000 Zentner erhalten.

München. Ein Großbetrieb läßt die Gärtnerei ganz eingehen, behält nur Samengeschäft, weil an diesem glänzend und genügend verdient wird. Friedhofsgärtnerei ist sehr eingeschränkt, arbeitet fast nur mit Frauen.

Mecklenburg. Tiefstand ist wohl bald erreicht, die Zahl der Beschäftigten gering. Eine Baumschule in Hagenow hat die Zahl der Beschäftigten gegenüber der vorjährigen um die Hälfte reduziert. Auch in Teterow sind Einschränkungen zu verzeichnen, zum Teil zurückzuführen auf Umstellung zur Landwirtschaft und intensiverer Ausnutzung der Arbeitskräfte. In Rostock und Schwerin werden hauptsächlich nur Lehrlinge und Volontäre beschäftigt. Auch die Gemüsegärtnerei ist zurückgegangen. In Güstrow beschäftigte die Firma Behnke 5 bis 6 Gehilfen, jetzt nur einen Obergärtner und einen Gehilfen. Hatte früher Versand nach Dänemark. Dieses Gebiet hat aber Neubert-Wandsbek abgenommen, der bis weit nach Mecklenburg hinein seine Aufkäufer schickt.

Lübeck. Handelsgärtnerei allgemein zurückgegangen, mit Ausnahme der Firma Schetelig, die zehn neue Häuser erbaut hat. Die Firma ist dazu übergegangen, junge Arbeitskräfte fast ganz auszuschalten und nur ältere zu beschäftigen. Es sind riesige Aufkäufe von Azaleen, Camellien usw. getätigt. Absatzgebiet ist heute hauptsächlich Skandinavien, das Auslandsgeschäft glänzend.

Kiel. In der Handelsgärtnerei höchstens noch ein Dutzend Leute beschäftigt. Der Fortfall der Marine trägt hier wesentlich zu dem schlechten Geschäftsgang bei. Überhaupt ist in ganz Schleswig-Holstein die Handelsgärtnerei sehr zurückgegangen, weitere Einschränkungen dürften kaum noch möglich sein. Nur wenige Betriebe beschäftigen 1 bis 2 Gehilfen, meistens nur Lehrlinge. Die Handelsgärtnereien leiden unter den enormen Koks- und Materialpreisen.

Weener. Baumschule Hesse. Geschäftsgang außerordentlich gut. Alte Bestände geräumt, jüngere Ware wird zurückgehalten, gutes Auslandsgeschäft.

2. Äußerungen aus der Unternehmerpresse. „Sächsisches Gärtnerei-Fachblatt“ vom 1. Oktober 1922. Alles Schreiben und alle Vorträge sind umsonst. Es wird weiter gewurstelt. Wenn es nicht der eigene Beruf wäre, müßte man wünschen, es ginge noch schneller abwärts, damit das Einsehen endlich kommt: nur eine geordnete Wirtschaft, die den Bedarf feststellt und danach die Erzeugung regelt, kann helfen. — Blumen: Geschäft in Blumen und Pflanzen sehr ruhig, Bedarf bei Publikum zurückgegangen, weil der Kreis der Käufer bei den Lebensmittelschwierigkeiten immer kleiner wird. Gemüse: Anfuhrer groß, Preise niedrig. Rohstoffe: Bedarfsartikel steigen dauernd in Preise. — Aus Dresden: Den Geschäftsgang erschwert Frachterhöhung sowie die unerschwinglichen Preise für Heizstoffe. Einfuhr vom Ausland abgeschnitten, Bezug der Blumenzwiebeln der Valuta wegen unmöglich, Auslandsgeschäft nach Skandinavien und Schweiz infolge dortiger Preislenkungen bescheiden, auch nach der Tschecho-Slowakei abgefallen, in valutastarken Ländern Kaufkraft nachgelassen. Stückgutversand fast ganz weggefallen, da Frachtkosten in Körben auf 550fache erhöht, Pflanzen nur das 50—70fache. Pracht und Verpackung kosten das Doppelte wie die Pflanzen selbst.

Im „Handelblatt“ Nr. 28/29 vom 21. Juli schreibt C. Weigelt-Erfurt über die Verarmung der deutschen Gärtner. Er zeigt, wie schlecht die Gärtnereibesitzer rechnen. In einem Inseratenblatt werden angeboten Asparagus sprengeri, starke zweijährige Pflanzen 100 Stück 200 M., Aralia siboldi, starke vorjährige Pflanzen 100 Stück 250 M. usw. Das kosten heute schon neue Blumentöpfe! Cyklamensamen (gute Qualität), 1000 Korn angeboten mit 275 bis 380 M. Nach dem Stand der Mark im Juli bedeutet das 2,75 bis 3,80 M. Goldmark. Vor dem Kriege kosteten 1000 Korn aber 12 bis 15 M. Die Unternehmer sollen lernen, besser zu rechnen.

Aus dem „Bayrischen Kurier“ vom 4. September 1922 entnehmen wir einen Bericht über eine Versammlung der selbständigen Gärtner Münchens, der fast gleichlautend in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ vom 14. September zum Ausdruck gebracht wurde. Der Gärtnermeister Bauburger blüht

sien Vortrag über die wirtschaftliche Notlage der Erwerbsgärtner. Die Preise für Gartenerzeugnisse sind bei weitem nicht in dem Maße gestiegen wie die Bedarfsartikel. Es kosteten z. B. im Juli 1912 ein Pfund Bohnen 0,30 M., Spinat 0,25 M., die Stauden Salat 0,08 M., Kohlrabi 0,08 M., Wirsing 0,15 M. Die Erhöhung gegenüber 1912 beträgt also heute etwa das 30—60fache, die Erhöhung der Bedarfsartikel dagegen das 100—400fache und darüber. Ein Spaten kostete 1912 2,60—2,80 M., heute 320—373 M., ein hölzerner Rechen 65 bis 70 Pf., heute 38 bis 52 M., eine Schaufel 1,20 M., heute 190—210 M. Die Truste und Syndikate erschweren die Beschaffung der Bedarfsartikel, vor allem die Stickschiffsyndikate, die ungehindert am Markt des Volkes zehren dürfen. Den Gärtnern bleibt nichts weiter übrig, als Notgedrungen die Preise zu erhöhen, nicht so, wie die Preissteigerung aller Bedarfsartikel es erfordert, sondern lediglich so, daß ihm seine Existenz ermöglicht wird. Gärtnermeister Schild ergänzt die Ausführungen mit einer Statistik über die 1914 und heute geltenden Preise für Bedarfsartikel. Ein Deckbrett kostet heute 1100 M., 1914 2,50 M., ein Mistbeetfenster 1500 M., 1914 5 M., ein am Glas 500 M., 1914 1,20 M., der Zentner Kitt 1800 M., 1914 7 M. Die Preise sind also bis auf das 440fache gestiegen. Es wurde auch noch auf die gewaltige Steigerung der Pachtzinsen hingewiesen und ein besonders krasses Beispiel angeführt: Für 12 Tagwerk, für die 1919 noch 500 M. Pacht bezahlt wurden, wurden 1920 1200 M., 1922 6000 M. und für 1923 werden nicht weniger als 93 600 M. verlangt. In der gleichen Notlage wie die Gemüsegärtner befinden sich die Topfpflanzengärtner. Die Blumen haben höchstens den 20—30fachen Preis der Vorkriegszeit erreicht. Sollen die Kulturen einigermaßen rentabel sein, müsse das 100fache gefordert werden, nachdem die Bedarfsartikel hier zum Teil das 300fache und mehr erreicht haben. Beschlossen wurde, vorerst eine 25 proz. Erhöhung der gärtnerischen Erzeugnisse eintreten zu lassen. Recht vernünftig wurde in der Versammlung auch über die Löhne der Arbeitnehmer gesprochen. Es wurde anerkannt, daß das Personal volles Verständnis für die schwierige Lage des Gewerbes habe. Freilich macht sich, weil die Gehilfenschaft mit den heutigen Löhnen nicht auskommt, eine starke Abwanderung aus dem Berufe bemerkbar.

Wir könnten noch mehr ähnliche Äußerungen wiedergeben, sehen aber davon ab, da diese aus Nord und Süd, Ost und West von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern kommenden Mitteilungen wesentlich übereinstimmen. Auch aus eigener Anschauung können wir die Richtigkeit der Schilderungen bestätigen. Es ist für die Zukunft erforderlich, daß unsere Kollegen allerorts sich mehr als bisher um diese Dinge kümmern, um ein klares Bild über die jeweilige Lage durch eigenes Urteil zu gewinnen.

Nicht alle Branchen des Berufes haben unter der geschilderten Ungunst zu leiden. Wir wollen deshalb noch eine Betrachtung nach Branchen anstellen. Die gutverdienenden Branchen sind der Samenbau, die Baumschulen und die Landschaftsgärtnerei, die beiden ersteren durch günstiges Auslandsgeschäft und noch immer anhaltende große Nachfrage im Inland, die letztere durch günstige Konjunktur im Villenbau, die bisher noch keine Abnahme erfahren hat, wenn auch von hier und dort ein Abflauen der Arbeitsgelegenheit gemeldet wird.

Die Baumschulenbesitzer haben eine vorzügliche Organisation, den Bund deutscher Baumschulenbesitzer, der sich hauptsächlich der einheitlichen Preisfestsetzung und deren strikter Durchführung mit Erfolg widmet. Das beweisen uns vorliegende neue Preisverzeichnisse bekannter Firmen. Die Verkaufsbedingungen zeigen, daß man allen Eventualitäten zu begegnen versteht, die Risiken auf die Abnehmer abwälzt, sich auch sichert, daß bei Preissturz der Markt die Preise der Waren dementsprechend aufgeschlagen werden. In den Preislisten für Herbst 1922 von zwei bekannten Großfirmen sind die Birnen- und Apfelmischstämme mit 275 bis 320 M. ausgezeichnet. Den Listen ist ein Zettel „30 Proz. Teuerungszuschlag“ aufgeklebt, außerdem erhalten sie die eben erwähnte Sicherung bei einem Marktsturz. Von einer holsteinischen Firma liegen uns Preisverzeichnisse für das Ausland vor, eine für England, die andere für Skandinavien, die Preise nach Schilling und Kronen festgesetzt. Das beweist, daß ein gutes Auslandsgeschäft besteht und die Baumschulenbranche sich den Verhältnissen gut anpaßt.

Dasselbe trifft auch für die Samenbranche zu. Ende Juli teilte eine Lieferantenorganisation mit, daß sich seit dem letzten Rundschreiben von vor 14 Tagen die Marktlage in verschiedenen Artikeln wesentlich geändert hat. Es wird ein Aufschlag von 63 Proz. vorgeschrieben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß die Preiskommission in nächster Woche zusammentritt, um die Preise der Marktlage entsprechend festzusetzen, jedenfalls ein Beweis größter Anpassung. Der Samenbau hat guten Absatz, besonders an Gemüsesamen im Inland, für alle Sämereien aber auch im Ausland. Die günstige Konjunktur hält schon seit Jahren ununterbrochen an und dürfte zunächst noch nicht abflauen.

In schlimmer Lage befinden sich die Topfpflanzen- und

Blumenbinderei. Die Kleinbetriebe der Privatgärtnerei und Blumenbinderei. Die Kleinbetriebe der Handelsgärtnerei halten sich zum Teil nur durch Ausschaltung jeglicher fremden Arbeitskräfte aufrecht, bewältigen die Arbeit durch Familienangehörige und zahlreiche Lehrlinge, die sie vielfach rücksichtslos ausnutzen und anspannen. Die Großbetriebe haben wohl im allgemeinen günstige Verdienstmöglichkeiten, besonders wenn sie, wie an der Wasserkante, Auslandsgeschäfte machen. Ob die Treiberei im Winter in nemenswertem Maße aufrecht erhalten werden kann, erscheint fraglich, da infolge der ungeheuerlichen Heizungskosten die Preise für Winterblumen nur den Ausländern, deutschen Valutaschiebern und sonstigen Glücksrittern zu zahlen möglich sein wird. Der Warenbedarf dieser an Zahl nicht großen Kaste kann aber die Mehrheit unserer Betriebe nicht erhalten. Die Gewächshauskulturen werden infolgedessen zu einem bedeutenden Teil eingehen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade jetzt bei der Unmöglichkeit der Einfuhr von Schnittblumen aus dem Auslande die Möglichkeit gegeben wäre, diese vom Markt dauernd zu verdrängen.

In schlechter Lage befinden sich auch die Dekorationsgeschäfte. An Dekorationen wird heute nur wenig gebraucht. Der frühere Mittelstand, ein guter Kunde unseres Berufes, kann sich bei Hochzeiten und Trauerfeiern diesen „Luxus“ nicht mehr leisten.

Der Rückgang des Bedarfes auf Friedhöfen ist erschreckend. Die heutige Zeit zwingt die Menschen, ihre Toten schnell zu vergessen. Die Steigerungen der Preise für Grabpflanzung und Unterhaltung sind nicht über Gebühr hoch, in manchen Orten und Betrieben sogar bescheiden, und doch sind Abbestellungen und Einschränkungen sehr zahlreich.

Die Herrschafts- oder Privatgärtnerei erfuhr schon während des Krieges eine bedeutende Einschränkung. Die Betriebe, die vor dem Kriege nur einen Gärtner beschäftigten, sind größtenteils im Laufe der Jahre eingegangen. Die Verhältnisse in einer Anzahl noch bestehender Betriebe werden immer schlimmer. Die gezahlten Löhne spotten jeder Beschreibung und treiben viele aus dem Beruf. Ohne Einschränkung geblieben, ja zum Teil eine Erweiterung erfahren haben die Betriebe, die im Besitze der sogenannten neuen Reichen sind. Für diese sind in den letzten Jahren eine Anzahl neuer Privatgärtnereien mit Fertigstellung der neuen Villen entstanden. Doch wird in diesen meistens mehr Gewicht auf Kultur von Obst und Gemüse gelegt. Unsere Kollegen müssen sich für solche Betriebe also besonders darauf einstellen.

Im Zusammenhang mit dem Eingehen der kleinen Privatgärtnereien steht auch die bedeutende Einschränkung der Unterhaltungsarbeiten auf Landschaft. Dies war früher ein Hauptverdienst der Landschaftsgärtnerei. Ein Blick in die Villenvororte jeder Stadt zeigt die Veränderung. Gänzliche Verwilderung oder doch erbärmliches Aussehen der früher sauberen und blühenden Gärten. Wo früher Rosen- und Blumenbeete waren, stehen jetzt Kohl und Petersilie, die selbst gezogen werden.

Die Verhältnisse in der Gemüsegärtnerei sind nicht einheitlich. Der Feldgemüsebau ist bedeutend zurückgegangen. Während des Krieges hatte er große Ausdehnung genommen. Die Landwirte verdienten damals an Gemüse mehr als an Getreide. Heute ist es umgekehrt. Dadurch ist der gärtnerisch betriebene Gemüsebau wieder mehr in den Vordergrund getreten. Der Bedarf an Gemüse ist groß und wird weiter zunehmen, weil der Fleischkonsum ungeheuer zurückgeht. Die Preise für Gemüse sind zum Teil sehr gestiegen, haben aber noch nicht die Steigerung anderer Bedarfsartikel, wie Kleidung, Möbel, Fett usw. erreicht. Die Gemüsepreise in den Gemüsegeschäften zeigen auch nicht die Preise, die die Produzenten erhalten. Sie werden durch vielfachen Zwischenhandel enorm verteuert. In manchen Gegenden werden die Gemüsepreise noch durch Preiskommissionen festgesetzt. Wir sehen aus den Berichten Stuttgart und München, daß diese Kommissionen von falschen Voraussetzungen ausgehen. Es besteht vielfach die Auffassung, daß Gemüse von selbst wächst, man bedenkt nicht, daß Pferde, künstlicher und natürlicher Dünger, Mistbeetkästen und -fenster, Handwerkszeug usw. gebraucht werden, und diese Artikel riesig im Preis gestiegen sind. Die Preise für Gemüse sollen so sein, daß die Arbeitskräfte einen auskömmlichen Lohn erhalten können. Wir müssen zugeben, daß die Gemüsepreise vielfach ungenügend sind. Bei Untersuchung der Verhältnisse darf allerdings nicht vergessen werden, daß sich die Mehrzahl der Betriebe in der denkbar rückständigsten Verfassung befindet und nur aufrecht erhalten kann durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte. Diese Art der Betriebe irgend wie zu schützen oder aufrecht zu erhalten haben wir keine Ursache.

Wenig beachtet wird leider der Abbau der Gemeindegärtnereien. Die Unternehmer freuen sich über diese Erscheinung und fordern weitere Einschränkung dieser Betriebe. Die Kollegenschaft ist in ihrer Mehrzahl im Verband

der Gemeindearbeiter organisiert. Sie beschäftigen sich hier vorwiegend mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wenig oder garnicht mit der Frage, wie der Einschränkung der kommunalen Betriebe abzuhelfen ist. Zahlreiche dieser Betriebe versuchen erfolgreich aus den verschiedensten Erzeugnissen Einnahmen recht erheblicher Art zu erzielen, um so den Zuschuß zu verringern. Die meisten Betriebe aber haben einfach im Laufe des Jahres ihr Personal eingeschränkt, um dasselbe Ziel zu erreichen. Da die Entlassenen bei der jetzigen Konjunktur leicht wieder lohnende Arbeit fanden, hat die Entlassung nicht besonders viel Staub aufgewirbelt. Bei der bekannten Finanznot der Gemeinden wird dieser Prozeß noch nicht beendet sein. Wie werde ich aber nach kurzer Zeit die Grünanlagen, die Lungen der Großstadt, aussehen? Ein gewaltiger Schaden der Volksgesundheit und eine beträchtliche Arbeitslosigkeit unserer Kollegenschaft wird die Folge sein. Es ist unsere Pflicht, hier Mittel und Wege zur Abhilfe vorzuschlagen.

Schlecht sind auch die Aussichten für die Blumengeschäfte. Bis vor kurzer Zeit schienen sie noch alle Wechselfälle gut zu überstehen. Aber durch die schon geschilderten Verhältnisse wird der Bedarf an Blumen und Pflanzen immer mehr eingeschränkt. Je höher die Preise naturgemäß werden müssen, desto mehr sinkt der Absatz. Das schon ohnehin geringe Personal ist in den letzten Monaten weiter reduziert. Zahlreiche Geschäfte legen sich auf Nebenartikel, wie Obst, Gemüse, Glas und Porzellan. Die Schaufenster haben dadurch ein ganz anderes Gepräge erhalten. Man möchte von der Revolution im Blumen-schaufenster reden. Ausnahmen machen auch hier nur die Geschäfte, die sich auf kaufkräftiges Publikum stützen.

Welche Schlüsse sind nun aus diesen Erscheinungen zu ziehen? Ist es wahr, daß die Gärtnerei auf dem Aussterbeetat steht, daß sie zugrunde geht? Nein! Die Erscheinungen sind natürliche Folgen des Krieges, des Zusammenbruchs und Friedensvertrags, der die Verarmung Deutschlands, ja der ganzen Welt nach sich zieht. Eine Welt, die über 10 Millionen Menschen in vier Jahren verloren hat, viele Millionen von Arbeitsbeschränkten oder ganz arbeitsunfähigen Kriegsoptionen zu erhalten hat, eine Welt, die ihre Landkarte und damit ihre wirtschaftlichen Strömungen erheblich geändert hat und deren Völker, ob Sieger oder Besiegte, noch heute nicht zur Ruhe gekommen sind, muß ein anderes Gesicht zeigen als vor diesen Ereignissen. Jedes Hoffen auf Wiederkehr der alten Zustände ist vergeblich, wie das Hoffen eines alten Menschen auf Wiederkehr der Kindheit. Bewußtestes Einstellen auf die veränderten Verhältnisse und schnellste Anpassung an diese ist eiserne Notwendigkeit, ist das, was vorwärts führt.

Die Gärtnerei wird nie verschwinden, ja, wenn wir sehen, wie gewaltig sich durch die Not der Zeit das Kleingartenwesen in den letzten Jahren ausgedehnt hat, wie sich breite Volksklassen diesem immer mehr zuwenden, wie groß die Liebe breiter Massen für den Garten ist, daß noch Millionen neuer Kleingärten geschaffen werden können, wenn die Vorbereitungen dazu geschaffen sind, dann weiß man, daß unser Beruf noch ungeahnte Zukunft hat. Leider stehen viele Arbeitgeber dieser Entwicklung feindlich gegenüber, weil einige Kleingärtner über ihren Eigenbedarf produzieren und davon verkaufen. Man schreit dann sofort über unlautere Konkurrenz, während man auf der anderen Seite Steigerung der Produktion durch Beseitigung der „Zwangswirtschaft und Verlängerung der Arbeitszeit“ fordert. Man bedenke, daß solche Kleingärtner immer nur Ausnahmen bilden werden. Man sollte doch nicht überschauen, welcher Bedarf an Obstbäumen, Sämereien, Blumen und Gemüsepflanzen durch den Kleingartenbau nötig ist. Wir sollten hier dem Beispiel des Autokönigs Ford in Amerika folgen, dessen Ziel war: Jedem, auch dem kleinen Manne, ein Auto, billig und gut, das er auch erreichte und damit die glänzendsten Geschäfte machte. So soll auch der weitblickende Gärtner alles unterstützen, was darauf hinausläuft, jeder Familie einen Garten zu geben.

Was geschieht nun von Seiten unserer Unternehmer, um den geschilderten Verhältnissen Rechnung zu tragen? J. Busch.
(Fortsetzung folgt.)

Die Stabilisierung der Mark.

Im Brennpunkt aller inneren und äußeren Tagesfragen steht zweifellos zurzeit die Gesundung unserer Währung. Vom Rathenauord bis heute ist der Dollar auf rund 9000 M. geklettert, die weitere Entwicklung ist nicht abzusehen, sie deutet aber auf Österreich und Rußland hin. Die Sorgen um das tägliche Brot zermürben die Widerstandskraft der Massen, eine Lohnbewegung jagt die andere und trotzdem wird der Abstand des Geldnennwertes zu seiner Kaufkraft immer größer, sinkt die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, Sozialrentner usw. in bezug auf Ernährung und Bekleidung immer tiefer. Dazu steht als Schreckgespenst eine katastrophale Arbeitslosigkeit mit verschärftem

Elend am nicht zu fernen Horizont. Kurz, das Barometer zeigt auf Sturm!

Kein Wunder, wenn sich die größten Kapazitäten des in- und Auslandes über das Problem der Marktstabilisierung die Köpfe zerbrechen, allerdings ohne bisher einen brauchbaren Vorschlag zu machen. Es scheint, als wenn auch sie den Machenschaften der Börsianer aller Länder, die mit den besiegten Völkern kaltblütig Schach spielen, nicht gewachsen wären. Die Lage wird immer unerträglicher und es gilt endlich, von Worten zu Taten überzugehen, wenn uns nicht die völlige Versklavung, wie man sie Österreich androht, verschlingen soll.

Ohne Zweifel hat man nun auch in den Ententestaaten eingesehen, daß der sogenannte Friedensvertrag nichts als einen Wirtschaftskrieg darstellt, unter dessen Trümmern schließlich auch seine Urheber begraben werden könnten. Deshalb geht man jetzt von der Politik der Diktate und Sanktionen zu der Verhandlungen über. Eine Kommission weilt zurzeit in Berlin, um die deutschen Verhältnisse an der Quelle zu studieren und danach entsprechende Maßregeln zu treffen. Die Reichsregierung wiederum hat Sachverständige aus allen Ländern geladen, um auf Grund ihrer Ratschläge einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden.

Aus der Denkschrift eines Teiles jener Finanziere ergibt sich die dringende Notwendigkeit der sofortigen Stabilisierung, wenn Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden und seine Gläubiger ihre berechtigten Ansprüche befriedigt sehen wollen. Voraussetzungen wären: Zugeständnisse dieser Gläubiger und entschlossenes Vorgehen der deutschen Regierung. Hilfe allein von außen zu erwarten sei hoffnungslos.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre eine Gesundung unmöglich und zwar aus inneren Gründen und wegen der Lasten des Versailler Vertrages. Bevor in bezug auf letzteren keine Entlastung eintrete, würde jeder Versuch als nutzlose Vergeudung der letzten deutschen Goldreserven scheitern. Zahlungen aus dem Friedensvertrag, ebenso Sachleistungen, dürften erst dann wieder aufgenommen werden, wenn sie aus einem wirklichen Überschuß der deutschen Volkswirtschaft stammten, was in etwa zwei Jahren zu erwarten sei.

Der Erfolg des Stabilisierungsplanes hänge von der Gestaltung der Produktionsverhältnisse und des Staatshaushaltes in Deutschland ab, wobei allerdings eine großzügige Kreditgewährung durch ein ausländisches Finanzkonsortium große Dienste leisten könne. Eine erhebliche Auslandsanleihe könne aber erst erwartet werden, wenn die Geldgeber die Lage am Ende des Moratoriums sicher übersehen könnten.

Die augenblicklichen Währungsverhältnisse machten jede klare Übersicht über das Budget unmöglich, aber Stabilisierung und Gleichgewicht des Staatshaushalts wären von einander abhängig.

Deshalb sei äußerste Sparsamkeit und Strenge in der Eintreibung der Steuern von entscheidender Bedeutung.

Die deutsche Handelsbilanz wäre sehr unübersichtlich, es schein, als wenn sie gar nicht so passiv wäre, wie man allgemein annehme, deshalb könne sie kein besonderes Hindernis bei der Stabilisierung bilden. Es sei aber unbedingt nötig, daß Deutschland in bezug auf Zölle von der Luxuseinfuhr und Meistbegünstigung bei der Ausfuhr Gleichberechtigung mit anderen Ländern erhalte, damit diese ihre Beschränkungen fallen lassen und Deutschlands Wettbewerb auf dem Weltmarkt wieder normalen Charakter bekomme.

Alles in allem glauben die Gutachter, unsere Mark auf einem Kurs von etwa 3000—3500 M. für den Dollar stabilisieren zu können. Dazu will man in Berlin eine unabhängige Währungsstelle schaffen, der die Reichsbank einen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung stellen müßte. Dafür sollen Papiermark zu einem festen Kurs angekauft und eine Devisenreserve im freien Verkehr geschaffen werden. Außerdem müßten Goldschatzwechsel ausgegeben und nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung eine neue Werteinheit geschaffen werden.

Inzwischen sind der Notenwechsel der Reichsregierung mit der Reparationskommission und die Gutachten der anderen Sachverständigen veröffentlicht worden, worin wesentlich neue Gesichtspunkte aber nicht auftauchen. Die Regierung erklärt sich bereit, alles zu tun, um auch ihrerseits die Mark zu stützen, weil ihre bisherigen Vorschläge der Reparationskommission nicht genügten, und die Finanziere schließen sich ihren Kollegen an. Der Kredit Deutschlands sei völlig erschüttert, die Wiedergutmachung müsse gestundet und eine internationale Stützungsaktion mit etwa 500 Millionen Goldmark ins Leben gerufen werden. Die Entscheidung der Reparationskommission fällt nunmehr in Paris.

Außer dem ausdrücklichen Eingeständnis, daß der Friedensvertrag in seiner jetzigen Form ein überwindliches Hindernis der Gesundung sei, was übrigens schon früher von führenden englischen Bankiers erklärt worden war, erhalten diese Denk-

schriften eigentlich nichts Neues. Ähnliche Maßnahmen sind auch schon bei uns erwogen worden.

Es sei dabei nur auf die Rede des Reichskanzlers bei Begrüßung der Sachverständigen hingewiesen, die darin gipfelte, daß Ursache und Wirkung der Markentwertung durcheinander liefen. Man glaube im Auslande, letztere sei durch die passive Handelsbilanz bzw. durch das Finanzgebahren des Reichs herbeigeführt, während unglücklicherweise das Gegenteil der Fall sei. Das Gesamtproblem wäre nicht nur ein deutsches, sondern europäisches, das zeige auch das Sinken des Franken in England.

Auch die Spitzengewerkschaften hatten sich mit der Gelegenheit beschäftigt und in einer Denkschrift an die Regierung die Ausgabe einer inneren wertbeständigen Anleihe unter Dekung eines Teils des Reichsbankgoldes, ferner sofortige Steuerziehung bei den Unternehmern, Verschärfung der Devisenkontrolle, Erreichung einer Auslandsanleihe, Durchsichtigmachung der Kartelle, Truste usw., Sparsamkeit durch Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und Vorlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplanes gefordert. Ähnliches tat auch die Sozialdemokratische Partei.

Leider sträubte sich das Reichsbankdirektorium gegen die Verwendung seines Goldbestandes, in der irrigen Annahme, daß es sich wohl um die gesamte Reserve handeln solle. Letzteres hätte auch nach unserer Auffassung sehr gefährlich werden können, denn nach Verbrauch des letzten Goldrestes wäre das Schicksal der Mark wohl endgültig besiegelt gewesen.

Bezeichnend ist aber vor allem der Widerstand der Industrie gegen die meisten dieser Maßnahmen, vor allem gegen die Devisenverordnung. Sie, die sich bisher nicht genug mit Behauptungen, wie: Schieberrepublik, Wucherfreiheit, unfähige Führer u. dgl. mehr tun konnte, enthüllte plötzlich, als es ernst werden sollte, ihre wahren Absichten, weil auch sie als Sachwertbesitzerin größten Stils an der Entwertung des Geldes noch verdient. Neuerdings scheint es sogar, als wenn ihre bisherige Passivität eine bewußte gewesen ist, um der Regierung Wirth, die man haßt, innen- und außenpolitische Schwierigkeiten zu machen, die zu ihrem Sturze und damit zu neuen Erschütterungen der Republik führen müßten. Diese Verwirrung möchte man dann geschickt benutzen, um sich selbst an die Spitze zu stellen und als Erlöser aus allen Nöten zu preisen. In Wirklichkeit beabsichtigt man aber weiter nichts, als alle Schwierigkeiten durch Steigerung der Produktion natürlich auf Kosten der Arbeiter und unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe zu beseitigen. Dabei schreckt man schließlich auch vor einem, selbstverständlich ohne ihr Zutun losgehenden Putsch à la Italien nicht zurück, um den Einfluß der Sozialdemokratie bzw. der Gewerkschaften zu beseitigen, um dann um so besser wieder die Knute schwingen zu können. Das zeigt die letzte Rede von Stinnes im Reichswirtschaftsrat. Deshalb ist es gerade jetzt die Pflicht denkender Arbeiter, die eigenen Reihen zu füllen und zu stärken, um für alle Fälle gewappnet zu sein.

W. R.

Blumengeschäftsangestellte

Say It with flowers.

Der Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber hatte in letzter Zeit schwere Kämpfe zu führen, die er mit wechselndem Erfolge bestanden hat.

Einmal gings um das „Werbewort“. Die guten Amerikaner haben ein solches schon seit längerem. Sie sagen oder schreiben in unübertroffenem Reklamestil: „Say it with flowers!“ zu deutsch: Sag es durch Blumen! In einer Zuschrift an die „Verbandszeitung“ wurde kurz auf diese amerikanische Reklame hingewiesen, sie blieb aber im V.D.B. zunächst unbeachtet. Dagegen griff der Herausgeber der „Bindekunst“, Herr Olbertz-Erfurt, ein in Reklame nicht ganz ungeübter Herr, den Gedanken auf und veranstaltete ein Preisausschreiben zur Entdeckung eines geeigneten deutschen Werbewortes.

Dieses Preisausschreiben hatte einen riesigen Erfolg. (Für Kenner der Psyche der Bindereibflüssenen nicht unerwartet. Man denke nur an den aufregenden Streit um die Bezeichnung „Blüner“ und die Entdeckung eines schöneren Namens.) 264 Vorschläge, mehr oder weniger schön „durch die Blume“ gesagt, flogen der „Bindekunst“ ins Haus, darunter einige recht „moderne“, z. B.: „Halt, Blumiversal! Zweck dessen, sollst Blumen nicht vergessen!“ „Kaufst Fri-Blü für Freud und Leid!“ „Für alle Fälle, nimm Blumen, sei helle!“ Die Reklame durch das Preisausschreiben genügte indessen anscheinend noch nicht, es wurde noch eine „Abstimmung“ veranstaltet, deren Ergebnis jedoch „die Bindekunst“ noch weniger befriedigte. Deshalb erfand ihr Verleger und sein Stab selber jetzt das richtige Werbewort: „Sag es durch Blumen!“

Diese gewaltige Entdeckung ließ nun aber den Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber nicht mehr ruhig schlafen, er nahm mit der Parole: Hände weg, das ist nicht deine Sache, den

Kampf um das Werbewort auf und — siegte. In seiner Hauptausschußsitzung wurde einstimmig beschlossen: das Werbewort soll heißen: „Laßt Blumen sprechen.“ Und die „Bindekunst“ übte Disziplin, fügte sich und erklärte sogar, ebenfalls für das Werbewort des V. D. B. eintreten zu wollen.

Das war aber nur der erste Streich, und der zweite folgt sogleich. In der nächsten Nummer bemerkt die „Bindekunst“, es treffe sich eigentlich und damit sei eine Tragikomödie fertig, daß man im V. D. B. auf ein Wort verfallen sei, das der Herausgeber der „Bindekunst“, Herr Olbertz, selbst geprägt und mit veröffentlicht hatte. Und nicht durch die Blume, sondern offen und hohnlächelnd bemerkt sie: O, wenn der Verband das gewußt hätte. — (Vielleicht hätte er dann eins von den drei oben aufgeführten Werbeworten ausgesucht. D. Red.) War das also nur ein Phyrhussieg? Die Geschichte wird's uns lehren.

In ähnlicher Weise streitig gemacht wird dem V. D. B. ein anderer Erfolg in bezug auf die Erhöhung der Luxussteuerfreien Grenze auf 2000 M. Dieser wird in Nr. 40 der „Verbandszeitung“ gefeiert als „ein neuer und schöner Erfolg unserer Verbandsarbeit“. Eigentümlicherweise und zunächst für uns nicht recht verständlich wurde zum Schluß des betreffenden Aufsatzes ein schönes, wieder echt amerikanisches Sprichwort zitiert. Es heißt: „Schimpf nicht, hilf schieben!“ Die Erklärung für die Wahl dieses neuen Mottos oder „Werbewortes“ finden wir im „Handelsblatt für den deutschen Gartenbau“, das seinem Leitartikel in Nr. 42 die gleiche Überschrift gab. In ausführlicher und aktenmäßiger Darstellung werden hier die tatsächlichen Vorgänge festgestellt. Danach hat der V. D. B. an den Verhandlungen um die Erhöhung der Luxussteuergrenze garnicht teilgenommen, weil sein Vorstand infolge der Berliner Ausstellungsarbeiten keine Zeit gefunden hatte, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Eine kurze auf telephonische Anfrage erteilte Erklärung, der V. D. B. werde sich dem Vorschlage des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe anschließen, sei die einzige „Tätigkeit“ des V. D. B. zu seinem Erfolge gewesen. „Au Backe“ sagt dazu der Berliner, und wir möchten auch unserm Bedenken Ausdruck geben, ob die Wahl des schönen Mottos: „Hilf schieben“ als „Verbandsgrundsatz“ gerade eine glückliche gewesen ist. Alb.

Zwei- oder dreijährige Lehrzeit?

Diese Frage ist zwar z. Zt. durch unseren Zentraltarif geregelt, wird jedoch im Verbandsrat der Blumengeschäftsinhaber erneut wieder aufgeworfen. Wie wir dem Geschäftsbericht des V. D. B. für 1921-22 entnehmen, ist eine diesbezügliche Umfrage veranstaltet worden, deren endgültiges Ergebnis zwar noch nicht vorliegt. Immerhin haben sich eine größere Anzahl von Ortsgruppen für die zweijährige Lehrzeit ausgesprochen. Andere befürworten wohl noch die dreijährige, jedoch nur für Lehrlinge im Alter — bis zu 14 Jahren. — (Von welchem Alter ab gedenkt der V. D. B. künftig Lehrlinge einzustellen? D. Red.) Für Lehrlinge über 16 Jahre werde eine zweijährige Lehre als angemessen erachtet. (Ist bereits im Zentraltarif festgelegt.)

Unser Standpunkt ist unverändert der gleiche wie er in Nr. 22 der „A. D. G.-Ztg.“, Jahrg. 1921, ausführlich dargelegt ist, nämlich daß eine zweijährige Lehrzeit als Regel genügt. Wenn wir der Festlegung einer dreijährigen Lehrzeit im Zentraltarif s. Zt. zustimmten, so weil diese damals als Bedingung für den Abschluß des Tarifvertrages vom V. D. B. aufgestellt wurde, und weil wir andererseits voraussahen, daß die dreijährige Lehrzeit sich auf die Dauer nicht durchsetzen können.

A. L.

Lehrlings- und Bildungswesen

Lehrvertrag oder Erziehungsvollmacht?

Vor dem Gewerbegericht Berlin hatte sich die Inhaberin eines Putzgeschäftes zu verantworten, weil sie in falscher Auslegung des Lehrvertrages ein Lehrling gezüchtigt und dabei die selbstverständliche Mäßigung überschritten hatte. Sie schlug die Kleine ins Gesicht und hinter den Kopf, so daß der Haarschmuck des Mädchens dabei zerbrach.

Vor Gericht vertrat sie die Meinung, daß auf sie als Lehrherrin für die Zeit des Lehrverhältnisses das Züchtigungsrecht des Vaters übergegangen sei, „um so mehr“, fügte sie hinzu, „als der Vater das Mädchen unter aller Kanone erzieht“. Der Vorsitzende, der diese Ausdrucksweise scharf rügte, sah sich genötigt, der Beklagten ein Privatissimum über die Rechte des Lehrherrn zu halten, zu denen der Übergang der väterlichen Gewalt keinesfalls gehören könne; der Lehrvertrag sei nicht, wie das die Auffassung der Beklagten sei, ein Erziehungsvertrag.

Das Gericht sprach der Klägerin den Restlohn zu, den zu zahlen die Geschäftsinhaberin sich gewweigert hatte, und verurteilte die Beklagte zur Abgeltung des dem Lehrling durch den Abgang aus dem Geschäft entgangenen Urlaubs

Eine wichtige Entscheidung über die Löhne der Handwerkslehrlinge.

In Essen hatten sich die Handwerkerorganisationen gegenüber dem Verlangen der Gewerkschaften, die Lehrlingslöhne tariflich zu regeln, ablehnend verhalten. Der Metallarbeiterverband hatte deshalb den Schlichtungsausschuß angerufen, der auch gegen verschiedene Innungen Schiedssprüche fällt, durch die die Lehrlingslöhne festgesetzt wurden. Die Innungen verweigerten die Anerkennung dieser Sprüche, weshalb der Demobilisierungskommissar in Düsseldorf angerufen wurde, der die Verbindlichkeitserklärung aussprach. Die Innungen beachteten auch diese Entscheidung nicht, so daß dem Metallarbeiterverband nur noch der Weg zur Klage offen blieb. Das Innungsschiedsgericht wies selbstverständlich die Kläger ab. Die hierauf angerufenen höheren Instanzen, das Amtsgericht und auch das Landgericht in Essen nahmen denselben Standpunkt ein. Als Revisionsinstanz hat nun das Oberlandesgericht Hamm i. W. ein Urteil gefällt, das die vorhergehenden Entscheidungen aufhebt und die Verbindlichkeitserklärung des Demobilisierungskommissars als zu Recht bestehend bezeichnet.

In der Urteilsbegründung ist besonders bemerkenswert, daß das Gericht sich den Standpunkt des Reichsarbeitsministers und auch des preußischen Handelsministers zu eigen macht, wonach auch für Handwerkerlehrlinge in Tarifverträgen Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis, besonders über die Lohnhöhe, zu Recht enthalten sein können. Es wird in diesem Urteil unterstrichen, daß den Handwerkskammern und Innungen nur die Regelung der öffentlichen Seite des Lehrverhältnisses (Ausbildung, Prüfung und dgl.) obliegt, dagegen für die privatrechtlichen Beziehungen für die Beteiligten (spez. Vergütung) nicht zuständig ist. Hierzu können die Handwerksorganisationen nur Empfehlungen aussprechen, aber ihren Mitgliedern keine Verpflichtung auferlegen. Im Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 22 dieses Jahres, ist deshalb mit vollem Recht im Anschluß an eine entsprechende Äußerung des preußischen Handelsministers gesagt worden; „Können die Handwerkskammern nur Löhne empfehlen, so kann keine Rede davon sein, daß durch entsprechende Schiedssprüche von Schlichtungsinstanzen die gesetzlichen Rechte der Handwerksorganisationen beeinträchtigt werden können. Wenn ein Recht nicht existiert, kann es auch nicht verletzt werden.“ Es ist erfreulich, daß ein Oberlandesgericht diesen an sich selbstverständlichen Standpunkt der Gewerkschaften anerkannt hat. Es muß deshalb besonders unterstrichen werden, weil die deutschen Gerichte heute noch allzusehr geneigt sind, von vornherein den Standpunkt der Handwerksorganisationen für richtig zu erklären.

Berichte

Die gekränkte Leberwurst

spielt das „Zentralblatt der Preußischen Landwirtschaftskammern“, indem es in seiner Nummer vom 9. Oktober behauptet, wir hätten durch unseren Artikel in Nr. 33 der „A. D. G.-Ztg.“ über die Beschlüsse der Fachabteilung für Gärtnerei bei der Hauptlandwirtschaftskammer diese Abteilung angegriffen, in der offensichtlichen Tendenz, deren Tätigkeit „herabzuziehen“.

Wir wissen nun zwar nicht, ob man dort unter diesem „herabziehen“ ein solches von Wolkenkuckuckshelm auf den Boden realer Tatsachen meint, schließen aber aus dem gereizten Ton der Notiz, daß es sich wohl um „herabwürdigen“ handeln soll. Da außerdem von allen unseren kritischen Bemerkungen zu den Beschlüssen ausgerechnet nur jene über die gärtnerische Rechtsfrage herausgegriffen worden ist, obgleich man sie im Vergleich zu den anderen sehr zahm nennen kann, vermuten wir weiter, daß sich wohl weniger die Fachabteilung als vielmehr der Verfasser der von uns als langatmig bezeichneten Resolution über die Zugehörigkeit der Gärtnerei angegriffen gefühlt hat.

Daraus ergibt sich also, daß der Betreffende entweder keine sachliche Kritik vertragen kann oder noch nicht lange an exponierter Stelle tätig ist. Beides ist für die Fachabteilung selbst kein Vorteil.

Zur Beruhigung sei aber bemerkt, daß uns nicht etwa die vom Verfasser wohl vermutete überwältigende Fülle neuer Beweise in dieser Resolution in Verlegenheit gebracht hat, sondern gerade das völlige Fehlen solcher. Also lediglich um der Fachabteilung eine Gefälligkeit zu erweisen, haben wir den Platz für die vielen Worte, die auf Hilflosigkeit in der Sache deuten, gespart, keineswegs, um herabzuwürdigen oder unseren Lesern etwas zu unterschlagen.

Der Offiziöser kann völlig beruhigt sein: Unsere einzelnen Verwaltungen und Funktionäre werden dauernd durch Rundschreiben über alles auf dem Laufenden gehalten und haben sogar die Broschüre des Herrn Dänhardt erhalten, um die Gründe der Gegenseite kennen zu lernen und das „erdrückende“ Material an Urteilen usw. zu bewundern.

Und wir sind gern erbötig, auch die inkriminierte Entschliebung abzudrucken, sofern uns auch nur ein einziger Gedanke einwandfrei nachgewiesen werden kann, der nicht schon bei Dänhardt zu finden ist.

Im übrigen erlauben wir uns die bescheidene Gegenfrage, warum denn gerade jetzt unter den Wirkungen der Getreideumlage die davon betroffenen Gärtnereibesitzer ihren bisherigen Glauben abzugeben, das Prinzipielle hinter das Materielle zurückstellen und uns als Vorspann benutzen möchten, um über den Berg ihrer bisherigen Vorurteile hinwegzukommen?

Damit wird auch das Evangelium der Fachabteilung und alle seine Vorläufer wankend und schließlich an seinen inneren Widersprüchen untergehen.

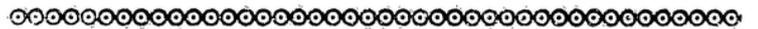
Wenn ferner das Zentralblatt glaubt, aus unserem Weglassen der Resolution eine Bestätigung für die Richtigkeit seiner Auffassung konstruieren zu können, so sind wir ihm dankbar, denn wir müssen daraus logischerweise schließen, daß es durch Weglassen unserer übrigen Kritik auch diese als richtig anerkennt.

Was schließlich noch „die geistige Einstellung des Artikelschreibers“ in unserer Zeitung betrifft, so rufen wir dem Herrn Kollegen auf der Gegenseite zu: Man soll nie von sich auf andere schließen.

Einschränkung der Berliner Stadtgärtnerei.

Nach Pressenotizen soll der Gewächshausbetrieb in der vor wenigen Jahren nach großzügigen Plänen errichteten städtischen Anzuchtgärtnerei in Blankenfelde, die mit dem dazugehörigen botanischen Schulgarten etwa 160 Morgen umfaßt, wegen Heizstoffteuerung stillgelegt und die Pflanzenschatze nach der Gärtnerei Humboldthain überführt werden.

Hoffentlich gelingt es noch in letzter Stunde, diesen Plan aufzuheben und die Anlage wirtschaftlich so auszugestalten, daß ihre Rentabilität gesichert erscheint.



Strafpredigt gegen Versammlungsschwänzer.

An alle, die es angeht.

- 1. Was soll der Vorstand von der Mehrzahl der Kollegen glauben, wenn von der Organisation kaum ein Viertel der Mitglieder an der Monatsversammlung teilnehmen?
- 2. Woher soll der Vorstand die Freude zur Arbeit nehmen, woher den Mut zur Wahrung der Interessen der Mitglieder, wenn diese selbst sich in sträflichem Leichtsinne nicht darum bekümmern?
- 3. Was soll man von den Verbandsmitgliedern halten, wenn sie nichts danach fragen, wie die Organisation ihre wichtigsten Angelegenheiten und Aufgaben erledigt?
- 4. Was sind das für Gewerkschaftler, die nur wissen, daß sie organisiert sind, wenn des Lebens Not sie daran erinnert?
- 5. Läßt es nicht tief blicken, wenn die Mitglieder sich nur dann in einer Versammlung blicken lassen, wenn eine Buße angesetzt ist?
- 6. Ist es nicht tief bedauerlich, wenn organisierte Arbeiter den Weg zu einer Versammlung nur dann finden, wenn die Lohnfrage im Spiele steht?
- 7. Hat sich bei solchen Mitgliedern einer Gewerkschaft nicht das Recht verwirkt, an gefaßten Beschlüssen Kritik üben?
- 8. Haben solche Kollegen noch ein Recht, sich ob der heute herrschenden Reaktion des Bürgertums zu brüsten?
- 9. Tragen diese Gleichgültigen nicht dazu bei, der Reaktion noch den Rücken zu stärken?
- 10. Wie nennt man ein solches Verhalten eines Gewerkschaftlers?
- 11. In was unterscheiden sich diese Gleichgültigen durch ihr Verhalten von einem Unorganisierten?



Ausland

Das dänische Landerbeiter-Gesetz

vom 6. Mai 1921 ist mit Beginn des Jahres 1922 in Kraft getreten. Es behandelt das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und den ständigen Arbeitnehmern im Landbau, erfaßt jedoch in der Hauptsache nur die im Jahresvertrag Stehenden, daneben auch alle Jugendlichen unter 18 Jahren.

Der Arbeitsvertrag der Jugendlichen unter 18 Jahren darf unter keinen Umständen auf eine längere Frist als ein Jahr lauten. Wenn Beköstigung ausgemacht wurde, so soll die Kost gut und ausreichend sein. Stellt der Arbeitgeber das Logis, so darf er nicht mehr als zwei Personen in einem Raum unterbringen. Derselbe soll hell und luftig sein und mindestens 10 cbm Raum für eine Person aufweisen, oder 25 cbm für zwei Personen. Alle nach Inkrafttreten des Gesetzes errichteten Schlafräume für mehr als zwei Personen müssen für jeden weiteren Bewohner mindestens je 8 cbm weiteren Luftraum haben. Die Schlafräume dürfen nicht direkte Verbindung mit den Viehställen haben.

Das Gesetz sieht auch vor, welche Einrichtungsgegenstände der Arbeitgeber zu liefern hat. Jeder Arbeiter soll ein besonderes

Bett haben, dessen Bezüge regelmäßig zu erneuern sind. Bei Krankheitsfällen ist dem Arbeiter Beköstigung und Unterkunft für die Dauer des Vertrages zu gewähren.

Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nicht über ihre Kräfte angestrengt werden, auch nicht länger arbeiten als in der betreffenden Gegend üblich ist. Ihre Beschäftigung ist so einzurichten, daß sie Abend- oder Fortbildungsschulen besuchen können, soweit nicht der Vertrag ausdrücklich sagt, daß die Arbeitszeit für bestimmte Verrichtungen sich darnach nicht richten soll.

In jedem Landbezirk ist durch den Gemeindevorstand ein Schlichtungsausschuß einzusetzen, dem auch Frauen angehören dürfen. Er soll zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehen. Wird eine Verständigung nicht erzielt, so ist der Fall einem ordentlichen Gerichte vorzulegen. Die Kosten der Ausschüsse sind von der Gemeinde zu tragen.

Wir empfehlen diese Vorschriften unseren Gartenbauern zum Nachdenken. Wenn etwas Derartiges auch in Deutschland z. B. für die Gärtnerlehrlinge vorgeschrieben wäre, würde der Drang zur Landwirtschaft einen ziemlichen Dämpfer bekommen.

Stellungsangebote aus Jugoslawien.

In Nr. 32 der A. D. G.-Z. warnten wir unsere Kollegen, bei der Firma J. M. Georgievic in Bela Crkva Stellung anzunehmen. Darauf erhielten wir jetzt ein Schreiben der genannten Firma, die also anscheinend auch unsere Zeitung liest, in dem sie mitteilt, daß unsere dort angegebenen Löhne den Tatsachen nicht entsprechen. Der Obergärtner hätte vielmehr monatlich 1300 Dinar, der jüngste Gehilfe 800 Dinar bei freier Wohnung, Heizung, Licht und Bettwäsche erhalten. Außerdem wären 500 Dinar für Beköstigung gegeben und Paßgebühren sowie Reisespesen vergütet worden. Die Arbeitszeit hätte 10 Stunden betragen. Jede Viertelstunde darüber sei als Überleistung separat bezahlt.

Wir geben davon gern Kenntnis, bemerken aber gleichzeitig, daß nach dem Nachrichtenblatt Nr. 6 des Reichswanderungsamtes tüchtige Stenotypistinnen in Jugoslawien bereits im März d. J. monatlich 2000—2500 Dinar erhielten, weil die Lebens- und Wohnungsverhältnisse dort sehr teuer sind. Kostet doch ein einfach möbliertes Zimmer im Monat 600—800 Dinar (1 Dinar = 0,80 M. Friedenswährung).

Interessant ist aber an dem Schreiben folgendes. Die betreffende Gärtnerei ist aus einer Privatgärtnerei entstanden und stellt zurzeit das größte dortige Erwerbsunternehmen dar. Sie umfaßt 8000 qm unter Glas und betreibt auf 26—27 kat. Joch à 1600 Quadratklaster Baum-, Reben-, Rosen- und Fliederschule. Die in dem Unternehmen angelegten Geleider belaufen sich auf 3 500 000 Dinar gleich 200—230 Millionen Mark. Das ganze sei bei den dort herrschenden Schwierigkeiten auf allen, vor allem aber dem Transportgebiete und der kurzen Spanne Zeit eine außerordentliche Leistung, da weder Glas noch Eisenrohre und Sämereien zu haben sind. Im übrigen sei Boden und Klima gut, so daß das Ergebnis dieser rein deutschen Arbeit befriedigend wäre. Man hofft, daraus auch Nutzen für die gesamte deutsche Bevölkerung zu ziehen, weil weder in Dalmatien noch in anderen Küstenländern entsprechende Betriebe vorhanden wären.

Zur Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien.

In Bulgarien gibt es seit 1920 ein Gesetz über Arbeitsdienstpflicht. Auf Grund dieses Gesetzes sollen alle Bulgaren beiderlei Geschlechts verpflichtet sein, eine gewisse Zeit zum Besten des Staates Arbeiten zu leisten. (Siehe auch „Korrespondenzblatt“ 1921, Seite 4.) „Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (1921, Nr. 22, Seite 368) wußte von „Erfolgen“ dieses Gesetzes zu berichten. Nach neueren Nachrichten müssen diese aber doch zu wünschen übrig lassen. Wie die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ (Heidelberg, Nr. 33, vom 12. August) mitteilt, haben die Kosten der Verwaltung den Wert der unentgeltlichen Leistungen aufgewogen, wobei der Ausfall der Produktion infolge der Entziehung von Arbeitskräften noch nicht einmal berücksichtigt worden ist. Immerhin habe die Arbeitspflicht eine demokratische Verpflichtung bedeutet, der jeder Staatsbürger unterworfen sei. Aber auch damit sei es jetzt zu Ende, denn ein neues Gesetz erlaube es, sich von der Arbeitsleistung an den Staat loszukaufen. Die geringste Summe für die Enthaltung vom Dienste betrage 100 Levy den Tag, was sich nur wohlhabende Leute leisten könnten. Auf diese Weise bleibt dann die Arbeitspflicht an den Unbemittelten hängen, was sicher zur Verschärfung der Klassengegensätze beitragen wird.

Rundschau

Änderung der Lohnpfändungsgrenze.

Durch Gesetz vom 26. Oktober ist das Einkommen eines Arbeitnehmers bis zu 120 000 M. jährlich und soweit es diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages nicht der Pfändung unterworfen. Hat der Arbeitnehmer seinem Ehegatten, Ver-

wandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages auf jede unterhaltsberechtigten Person um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Diese besondere Begünstigung für unterhaltspflichtige Arbeitnehmer findet jedoch bei dem 360 000 M. jährlich übersteigenden Teil der Vergütung keine Anwendung.

Erhöhung der Renten der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Mit Wirkung ab 1. Oktober sind die Unterstützungssätze erweitert worden. Bei den Invaliden- oder Altersrenten von 7200 M. auf 18 000 M., bei den Witwen- oder Witwerrenten von 5700 M. auf 15 000 M., bei den Waisenrenten von 3200 M. auf 7 000 M. Vom Gesamtjahreseinkommen bleibt anrechnungsfrei der Betrag von 12 000 M., ferner Bezüge aus Militär-Versorgungsgesetzen, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen und Sparguthaben, soweit sie insgesamt den Betrag von 4 800 M. nicht übersteigen.

Achtung, Wohnungsbauabgabe!

Im Hinblick auf die Neuregelung der Mieten und die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe weisen wir darauf hin, daß letztere gemäß § 10 des betr. Gesetzes (R.G.B.I. 1921, S. 773) auf Antrag zurückerstattet wird, wenn der Abgabepflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, oder wenn sein Jahreseinkommen im vorausgehenden Rechnungsjahr 20 000 M. nicht übersteigt (R.G.B.I. 1922, S. 235), oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabeschuldners eine besondere Härte bedeuten würde.

Gegen die Nacharbeit der Bäcker.

Ein am 14. und 15. Oktober in Köln abgehaltener Weltkongreß der Bäckereiarbeiter hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, sofort mit aller Energie und gewerkschaftlicher Kraftanstrengung den Kampf um die gesetzliche Beseitigung der Nacharbeit in den Bäckereien aufzunehmen und ihn erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

Der Verband sozialer Baubetriebe erhöht sein Stammkapital.

In der Gesellschafterversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe am 17. Oktober wurde das Stammkapital dieses Verbandes von 7 600 000 M. auf 25 Millionen Mark erhöht. Von dem neuen Stammkapital übernahm der Deutsche Bauarbeiterverband aus seinen Sozialisierungsbeiträgen 12 829 000 M., der Verband der Bergarbeiter 1 200 000 M., der Fabrikarbeiterverband 1 000 000 M., der Holzarbeiterverband 900 000 M., der Transportarbeiterverband 500 000 M., der Verband der Maler 310 000 M., der Zentralverband der Zimmerer 200 000 M., der Zentralverband der Dachdecker und der Bund der technischen Angestellten und Beamten je 100 000 M. Der Rest wurde von den Verbänden der Maschinisten und Helzer, Sattler und Tapezierer, Steinarbeiter, Töpfer, Steinsetzer, dem Deutschen Polterbund und einigen Bauhüttenbetriebsverbänden aufgebracht. Weitere Mittel im Betrage von mehreren Millionen Mark sind bereits jetzt auf die nächste Stammkapitalerhöhung gezeichnet und mehrere Gewerkschaften haben die Zeichnung beträchtlicher Summen in Aussicht gestellt.

Wahlsieg der Arbeiter in Sachsen.

Bei den Landtagswahlen am 5. November erhielten die Sozialdemokraten 1 059 131 Stimmen (41 Sitze), die Kommunisten 266 755 (10 Sitze), also insgesamt 51 Mandate, während die Bürgerlichen 2 Sitze verloren, folglich nur noch 45 Sitze innehaben. Damit hat sich die vielbespöttelte frühere Zweimännermehrheit in eine Sechsmännermehrheit verwandelt. Der ganze Kampf war also für die Bürgerlichen umsonst, sie haben sogar eine schwere Niederlage erlitten, während sie vorher glaubten, die verhaßte sozialistische Regierung beseitigen zu können. Statt des Sieges, den sie durch Ablenkung der Unzufriedenheit der Massen auf die bisherige Regierung zu erringen glaubten, mußten sie erkennen, daß sich die Partei gruppierung nur unwesentlich aber trotzdem zu ihren Ungunsten verschoben hat. Dasselbe gilt natürlich auch für die Kommunisten, die sich ebenfalls an dem Kesseltreiben gegen die Regierung beteiligt hatten, in der stillen Hoffnung, ihr Erbe zu sein. Sie werden künftig nicht mehr das Zünglein an der Wage bilden, denn wenn die neue Regierung auf einer ähnlichen Basis gebildet wird wie die alte, verfügt sie einschließend der Demokraten über 49 Sitze und hat dadurch eine absolute Mehrheit von einem Mandat. Bisher standen ihr nur 48 Sitze, also genau die Hälfte, zur Verfügung und sie war stets auf die Gnade der unberechenbaren und unzuverlässigen Kommunisten angewiesen. Die ganze Wahl war eine Feuerprobe für die neuvereinte Sozialdemokratische Partei, die sie glänzend bestanden hat.

Internationale Arbeiterbildung.

In Brüssel tagte vom 16. bis 18. August eine internationale Konferenz der Arbeiterbildungszentralen. Vertreten waren 23 Organisationen durch 37 Delegierte aus Amerika, England, Frank-

reich, Deutschland, Belgien, Schweiz, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland und Luxemburg, darunter Maschke und Fricke vom A. D. G. B.

Die Konferenz tagte in der großzügig eingerichteten Arbeiterhochschule in Brüssel, die ein gemeinsames Unternehmen der belgischen Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften ist.

Die Delegierten gaben zunächst einen Überblick über den Stand des Arbeiterbildungswesens in den verschiedenen Ländern, der wertvolle Informationen und Anregungen bot. Dann referierte Weimann-Deutschland über die Frage des Austausches von Schülern und Lehrern zwischen den Arbeiterhochschulen der verschiedenen Länder sowie der Organisierung von Studienreisen und unterbreitete der Konferenz eine Reihe praktischer Vorschläge hierzu. Diese Anregungen wurden in eingehender Aussprache von allen Delegierten freudig aufgenommen und in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht. Besonders wurde an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale appelliert, diese Bestrebungen soweit als möglich zu unterstützen. Um eine engere Verbindung der bestehenden Arbeiterbildungszentralen zu schaffen, soll die belgische Arbeiterbildungszentrale die Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen den in Brüssel vertretenen Organisationen sichern und ferner mit der Gewerkschaftsinternationale verhandeln über die Möglichkeit der Errichtung eines Informationsbureaus für die internationale Arbeiterbewegung. Weitere Wünsche, gemeinsame Richtlinien aufzustellen für das Bildungswesen und seine einzelnen Teilgebiete sowohl nach der grundsätzlichen wie der methodischen Seite hin, ferner ein internationales Kultur- und Erziehungsprogramm auszuarbeiten, wurden für später zurückgestellt, da dies gründlich vorbereitet werden muß und die Zeit hierfür noch nicht gekommen war.

Die Tagung endete mit einem allgemeinen Appell an die Arbeiterorganisationen aller Länder, die Tätigkeit fortzusetzen zur Förderung des ökonomischen und politischen Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Der Goldvorrat der Staatsbanken der Welt

hat sich seit 1913 sehr beträchtlich erhöht. In Dollars ausgedrückt betrug er 1913 3,4 Milliarden, Ende 1918 6,3, August 1920 6,6, Mitte 1922 aber 7,9 Milliarden Dollar. Indessen ist während dieser Zeit eine gewaltige Verschiebung zugunsten der einen und zuungunsten der anderen Länder vor sich gegangen. Vor dem Krieg verfügten die Vereinigten Staaten über 20 Prozent des gesamten Goldvorrats der Notenbanken der Welt und Frankreich ebenfalls über 20 Prozent. Mitte 1922 gehörten mehr als 40 Prozent des Goldvorrats den Vereinigten Staaten, während Frankreichs Anteil auf weniger als 9 Prozent zurückgegangen ist. Der Anteil Japans hat sich in dieser Periode wesentlich erhöht, von weniger als 2 Prozent in 1913 auf beinahe 8 Prozent in 1922. England, Spanien, Holland haben ebenfalls eine Erhöhung ihres Anteils an dem Goldvorrat zu verzeichnen. Demgegenüber ist der Anteil Deutschlands von 8 auf 3 Prozent, Italiens von 8,5 auf 2,7 Prozent, Kanadas von 4,2 auf 2 Prozent, Belgiens von 1,7 auf 0,7 Prozent zurückgegangen.

Die jährliche Goldproduktion zeigt einen andauernden Rückgang. Sie vertrat 1913 einen Wert von 460 Millionen Dollar, um nach einer stufenweise fortschreitenden Verminderung von Jahr zu Jahr im Jahre 1921 auf 320 Millionen zu sinken. Der Ausfall der russischen Produktion läßt sich in dieser Bilanz stark fühlen. Die beträchtliche Abnahme der australischen Produktion ist ebenfalls sehr auffallend. Gegenüber 1910 und 1911 ist diese auf ein Viertel gesunken, von 65 Millionen auf 15 Millionen. Die Produktion der Vereinigten Staaten sank gegenüber der Vorkriegsproduktion beinahe auf die Hälfte. Das wesentlichste Produktionsgebiet, Südafrika, zeigt zwar auch Rückgänge, die aber prozentual geringer sind als die auf den oben erwähnten Gebieten. Daß trotz dieses ständigen Rückganges sich der Goldvorrat der Notenbanken wesentlich erhöhte, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß letztere während des Krieges und seither Gold aus Privatbesitz in großem Maße herausholten und die Menge des bei Privaten angehäuften und auch die des in der Industrie verwendeten Goldes wesentlich abnahm.

Der deutsche Außenhandel im ersten Halbjahr 1922.

Über den deutschen Außenhandel liegen nunmehr die Ergebnisse für das erste Halbjahr 1922 vor. Danach betrug die Einfuhr 40,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 34,4 Milliarden Mark, die Ausfuhr 18,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 30,3 Milliarden. Es ergibt sich mithin ein Ausfuhrüberschuß von 4,1 Milliarden Mark — ein Abschluß, der die Ungunst in unserem Außenhandel deutlich erkennen läßt. Bemerkenswert ist bei der Einfuhr die starke Stelgerung von Steinkohlen. Sie betrug 4,6 Millionen Doppelzentner im Werte von 671 Millionen Mark. Die Zuckereinfuhr wird mit 270 000 Doppelzentner angegeben, die einen Wert von 822 Millionen Mark repräsentieren. Weiter sind in erheblichem Maße eingeführt worden: Braunkohle, Koks und Preß-

kohlen und Wollgarn, Bau- und Nutzholz, Papierholz, Zement, Kaffee, Roggen und Rohtabak. Eine starke Minderung der Einfuhr weisen dagegen Weizen, Wolle, Baumwolle, Rohseide, Eisenerze, Messing, Schmieröle und Rohbenzin, Oelfrüchte und Sämereien auf. Die vermehrte Einfuhr an Kohle und Zement deutet auf das Unbefriedigende unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Es handelt sich hier um Materialien, die aus der inneren Wirtschaft gewonnen werden können, aber leider infolge des Rückganges der Kohlenförderung nicht in genügenden Mengen vorhanden sind.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß, wenn wir diese Schwäche unserer wirtschaftlichen Position nicht beheben können, die Aussichten für unsere wirtschaftliche Entwicklung die denkbar ungünstigsten sind. Alle finanziellen Hilfsmittel, die wir für die Erleichterung unserer gegenwärtigen Lage in Angriff nehmen, versagen, wenn nicht die Wirtschaft im Innern des Landes selbst zur höheren Ausnützung der Rohstoffvorkommen die Kräfte entwickeln kann. Es darf nicht verkannt werden, daß diese unbefriedigende Gestaltung der inneren Wirtschaft mit dazu beiträgt, daß wir in eine fürchterliche Preisbewegung hineingeraten, die nicht mit gesetzlichen Maßnahmen aufgehalten werden kann, sondern die ihre tiefen Ursachen in der Gestaltung unserer Wirtschaft selbst hat. Wenn hier keine Änderungen eintreten, so werden unsere Bemühungen auf anderen Gebieten schwer benachteiligt werden, und es ist nicht die Lösung zu erwarten, die wir alle dringend wünschen.

Sterbetafel.

Am 12. Oktober verstarb das Mitglied der Verwaltung Groß-Berlin (Bezirk Potsdam), der Kollege **Karl Langeberg** im Alter von 75 Jahren.

Am 16. Oktober verstarb das Mitglied der Verwaltung Groß-Berlin, Bezirk Charlottenburg, der Kollege **Konrad Gaedike** im Alter von 69 Jahren.

Am 26. Oktober verstarb das Mitglied unserer Privatgärtnergruppe Neugersdorf, der Kollege **August Häder** im Alter von 67 Jahren.

Am 27. Oktober ist das Mitglied der Verwaltung Hannover, der Kollege **Johannes Ronshausen** im Alter von 52 Jahren verschieden.

Am 28. Oktober verstarb das Mitglied der Verwaltung Quedlinburg, der Kollege **Gust. Nebe**.

Ehre Ihrem Andenken!

An alle Leser unseres Fachblattes!

Aus allen Teilen Deutschlands und allen Kreisen unserer Lesergemeinde sind uns wohlgemeinte Kundgebungen gegen den Beschluß des Hauptvorstandes, das „Gärtner-Fachblatt“ nur noch monatlich einmal erscheinen zu lassen, zugegangen. Wir erblicken darin ein erfreuliches Zeichen der geistigen Regsamkeit und des Bildungsbedürfnisses unserer Mitglieder und gleichzeitig einen Ansporn dafür, nichts unversucht zu lassen, um trotz aller Widerstände der Gegenwart diesem Drange nach Fortbildung entgegenzukommen, da der Bezug anderer Fachzeitungen, die schon heute 100 M. und 225 M. vierteljährlich kosten, unseren Mitgliedern unmöglich geworden ist.

Leider läßt sich aber die Entwicklung des Dollars, der heute zum Wertmesser auch für Druckpapier geworden ist, nicht im Entferntesten ahnen, so daß wir jetzt noch nicht in der Lage sind, den Bezugspreis für die ersten Monate des Jahres 1923 angeben zu können. Wir rechnen aber mit einem solchen von etwa 40 M. pro Nummer. Die Leserschaft wird also, wenn wir ihren berechtigten Wünschen nachkommen sollen, auch ihrerseits entsprechende Opfer bringen müssen, die angesichts der Geldentwertung als mäßig bezeichnet werden können, zumal dabei auch die Hauptkasse selbst noch Zuschüsse leisten muß.

Um nun ein möglichst lückenloses Bild der Meinung sämtlicher Fachblattleser zu gewinnen, bitten wir, die untenstehende Erklärung genau auszufüllen und sofort an die zuständige Orts- bzw. Gauverwaltung einzureichen. **Schriftleitung und Verlag.**

Eilt!

Eilt!

An den Verlag des „Gärtner-Fachblattes“, Berlin S 42.

Ich wünsche monatliches — vierzehntägiges — Erscheinen unseres Fachblattes ab 1. Januar 1923 und bin bereit, pro Nummer mindestens 40 M. — vorbehaltlich späterer Preissteigerungen — zu zahlen. (Nichtgewünschtes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

(Wer diesen Zettel nicht persönlich abgeben kann, sendet ihn als Drucksache mit 2 M. frankiert an eine der oben genannten Adressen!)

Redaktionschluß der nächsten Nummer Mittwoch, den 22. Nov.